



Univ.Prof.Dr.-Ing.Holger Magel

Sprecher der Arge der Akademien Ländlicher Raum

zum Thema

Aktive Bürgerinnen und Bürger – für eine gute Zukunft im ländlichen Raum

am 22. September 2011 in Eckstedt



The Vancouver Action Plan



**64 Recommendations for National Action
Approved at Habitat: United Nations Conference
on Human Settlements, Vancouver, Canada
31 May to 11 June 1976**

Quelle: Vancouver Action Plan United Nations Conference on Human Settlements 1976 (Habitat 1)



Habitat Conference 1976

„Participation is an integral part of the political processes of decision-making; in a field as complex as human settlements, it is also a necessity because the task is too great for Governments to accomplish without mobilizing the interest of inhabitants, using their ingenuity and skills and harnessing otherwise untapped resources.“

Quelle: Vancouver Action Plan United Nations Conference on Human Settlements 1976 (Habitat 1)



Habitat Conference 1976

two – way flow

„Public participation does not mean simply the mobilization of people to implement the independent decisions of governments and professionals; participation requires listening and response in both directions.“

Quelle: Vancouver Action Plan United Nations Conference on Human Settlements 1976 (Habitat 1)

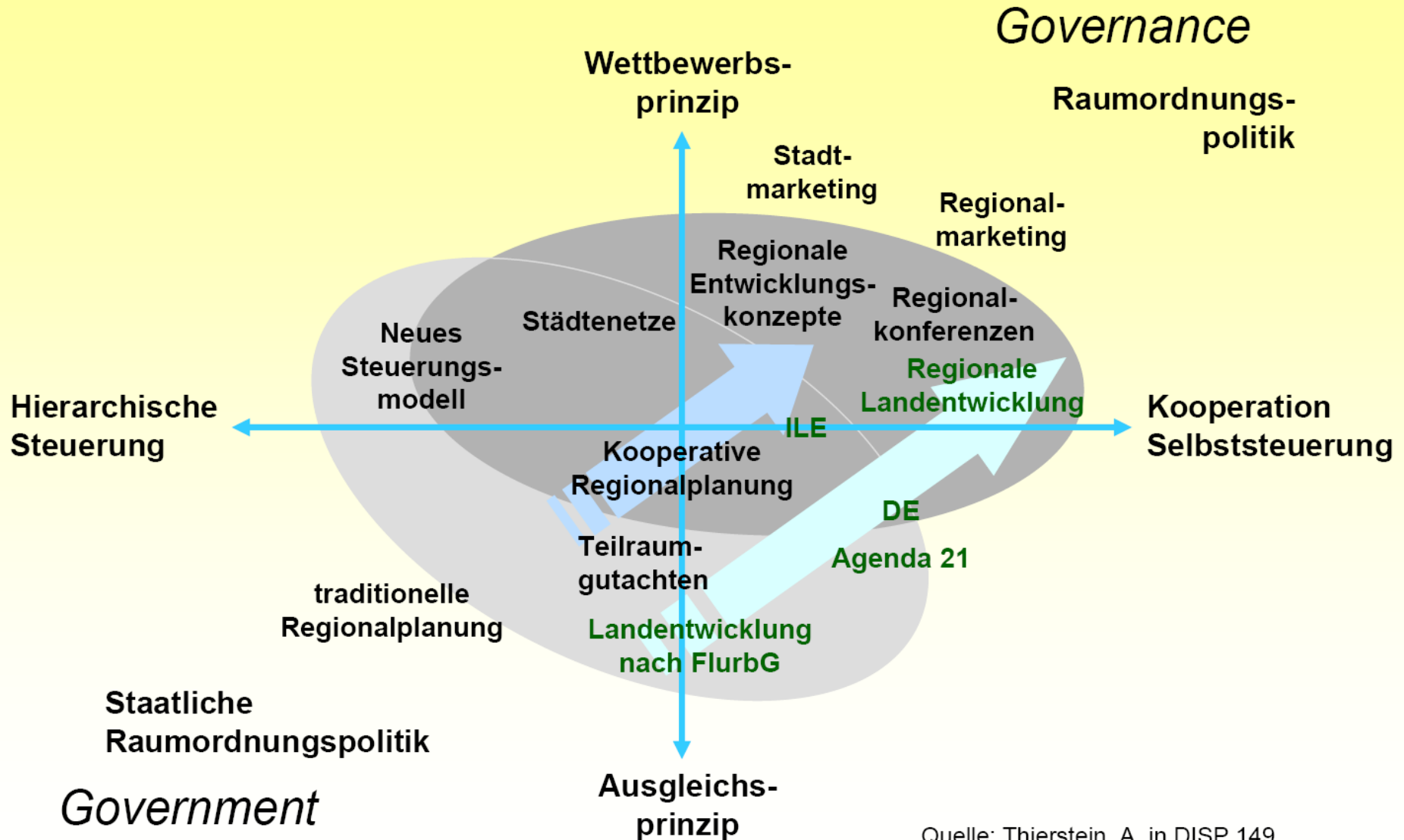


Public Participation

„Public participation should be an indispensable element in human settlements, especially in planning strategies and in their formulation, implementation and management, it should influence all levels of government in the decision-making process to further the political, social and economic growth of human settlements.“

Quelle: Vancouver Action Plan United Nations Conference on Human Settlements 1976 (Habitat 1)

Der Paradigmenwechsel in Raumplanung und Ländlicher Entwicklung



Quelle: Thierstein, A. in DISP 149
Überarbeitung Miosga, 2003 und Magel, 2004

Die Stiftung

Reinhard Mohn

Politik

Gesellschaft

Wirtschaft

Bildung

Gesundheit

Kultur

Presse

Nachrichten

Fotos

Expertenliste

Publikationen

Service

Projekte & Programme

alle

auswählen ▶

Publikationen

bestellen oder direkt abrufen

alle

auswählen ▶

Downloads

Recherche leicht gemacht

alle

auswählen ▶

Startseite ▶ Presse ▶ **Planungsverfahren am Bürger ausrichten**

Gütersloh/Berlin, 17.08.2011

Planungsverfahren am Bürger ausrichten

Praktiker und Experten stellen Handlungsempfehlungen vor



Michael Brocker, WDR, Moderator und Journalist
Fotograf: Kay Michalak

Ob es um den Bahnhof in Stuttgart, die neue Stromtrasse von Wilhelmshaven oder die Autobahn in Osnabrück geht: Bürger wollen gehört werden und Einfluss auf die Planung und Genehmigung von Bauvorhaben nehmen. Nur, wie kann die Beteiligung der Bürger bei Infrastrukturmaßnahmen verbessert werden? "Wir wollen zu einer neuen Dialog- und Beteiligungskultur in Deutschland beitragen."

In Kooperation mit der Bertelsmann Stiftung und dem Niedersächsischen Ministerium für Umwelt und Klimaschutz sowie der Universität Hannover legten über 100 Experten aus Ministerien, Behörden und Kanzleien auf einer Fachtagung in Berlin Handlungsempfehlungen fest. Christina Tillmann, Projektleiterin in der Bertelsmann Stiftung: "Wir wollen zu einer neuen Dialog- und Beteiligungskultur in Deutschland beitragen und mit Partnern aus Politik und Verwaltung die Handlungsempfehlungen in der Praxis von Modellprojekten erproben."

Spielräume sind da, sie werden nur nicht genutzt!

Schon heute sind die Spielräume für Bürgerbeteiligung vielfältig. In der Praxis werden sie jedoch nicht ausreichend umgesetzt. Von den Fachleuten werden moderne Präsentations- und Verteilungsformen erwartet: Bekanntmachungen über das Internet und verständlich aufbereitete Unterlagen, die leicht aufzufinden sind, gehören zu den Standards der Bürgerkommunikation. Für konfliktträchtige Vorhaben empfiehlt die Kommission den frühzeitigen Einsatz von Mediatoren.

Als besonders vielversprechend sehen die Experten den häufigen Einsatz informeller Verfahren der Bürgerbeteiligung an: Bürgerforen, runde Tische, Planungszellen und Zukunftswerkstätten. Ein Beispiel aus der Praxis zeigt den Erfolg. Das Niedersächsische Ministerium für Umwelt und Klimaschutz organisierte anlässlich des Ausbaus einer 80 Kilometer langen Stromtrasse ein Dialogforum. Ein informativer und gut zugänglicher Internet-Auftritt unterstützte und begleitete das Forum. Ministerialrat Schwarzenholz fasst seine Erfahrungen zusammen: "Durch die frühzeitige Einbindung der Akteure vor Ort und die hohe Transparenz aller Verfahrensschritte verkürzte sich die Genehmigungs- und Realisierungsphase auf zwei Jahre."

Quelle: www.bertelsmann-stiftung.de



Gütersloh/Berlin, 17.08.2011

Planungsverfahren am Bürger ausrichten

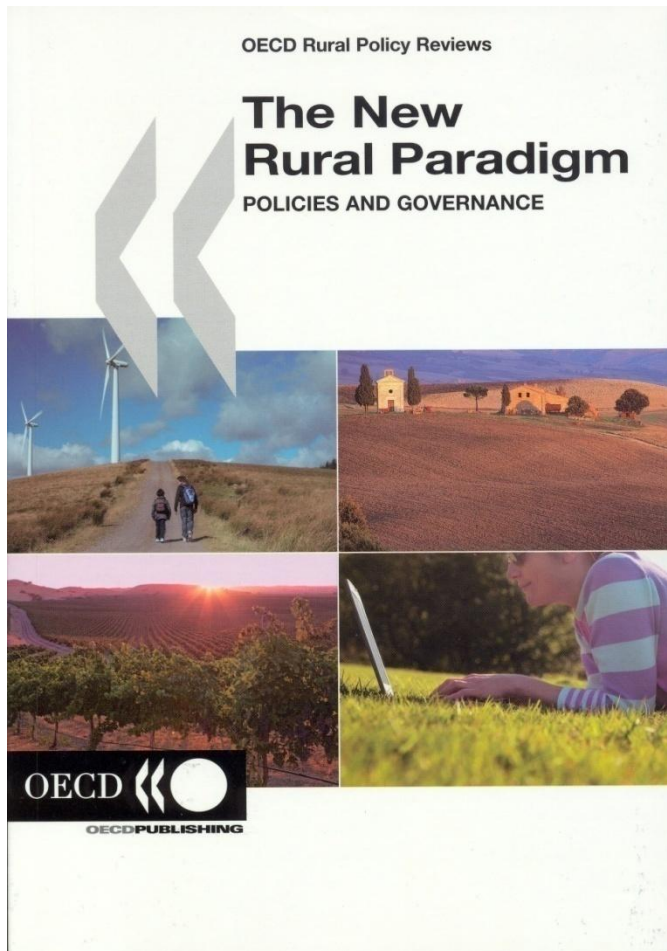
Praktiker und Experten stellen Handlungsempfehlungen vor

Ob es um den Bahnhof in Stuttgart, die neue Stromtrasse von Wilhelmshaven oder die Autobahn in Osnabrück geht: Bürger wollen gehört werden und Einfluss auf die Planung und Genehmigung von Bauvorhaben nehmen. Nur, wie kann die Beteiligung der Bürger bei Infrastrukturmaßnahmen verbessert werden?

Christina Tillmann, Projektleiterin in der Bertelsmann Stiftung:

„Wir wollen zu einer neuen Dialog- und Beteiligungskultur in Deutschland beitragen und mit Partnern aus Politik und Verwaltung die Handlungsempfehlungen in der Praxis von Modellprojekten erproben.“

In Kooperation mit der Bertelsmann Stiftung und dem Niedersächsischen Ministerium für Umwelt und Klimaschutz sowie der Universität Hannover legten über 100 Experten aus Ministerien, Behörden und Kanzleien auf einer Fachtagung in Berlin Handlungsempfehlungen fest.



„Traditional hierarchical administrative structures are likely to be inadequate to administer these policies effectively and adjustments are thus needed along **three key governance dimensions:** horizontally at both the central and the local levels and vertically across levels of government.

Quelle: OECD, 2006: The New Rural Paradigm: Policies and Governance. S. 17



Aktive Bürgergesellschaft ist erst Basis für Neue Verantwortungsgemeinschaft



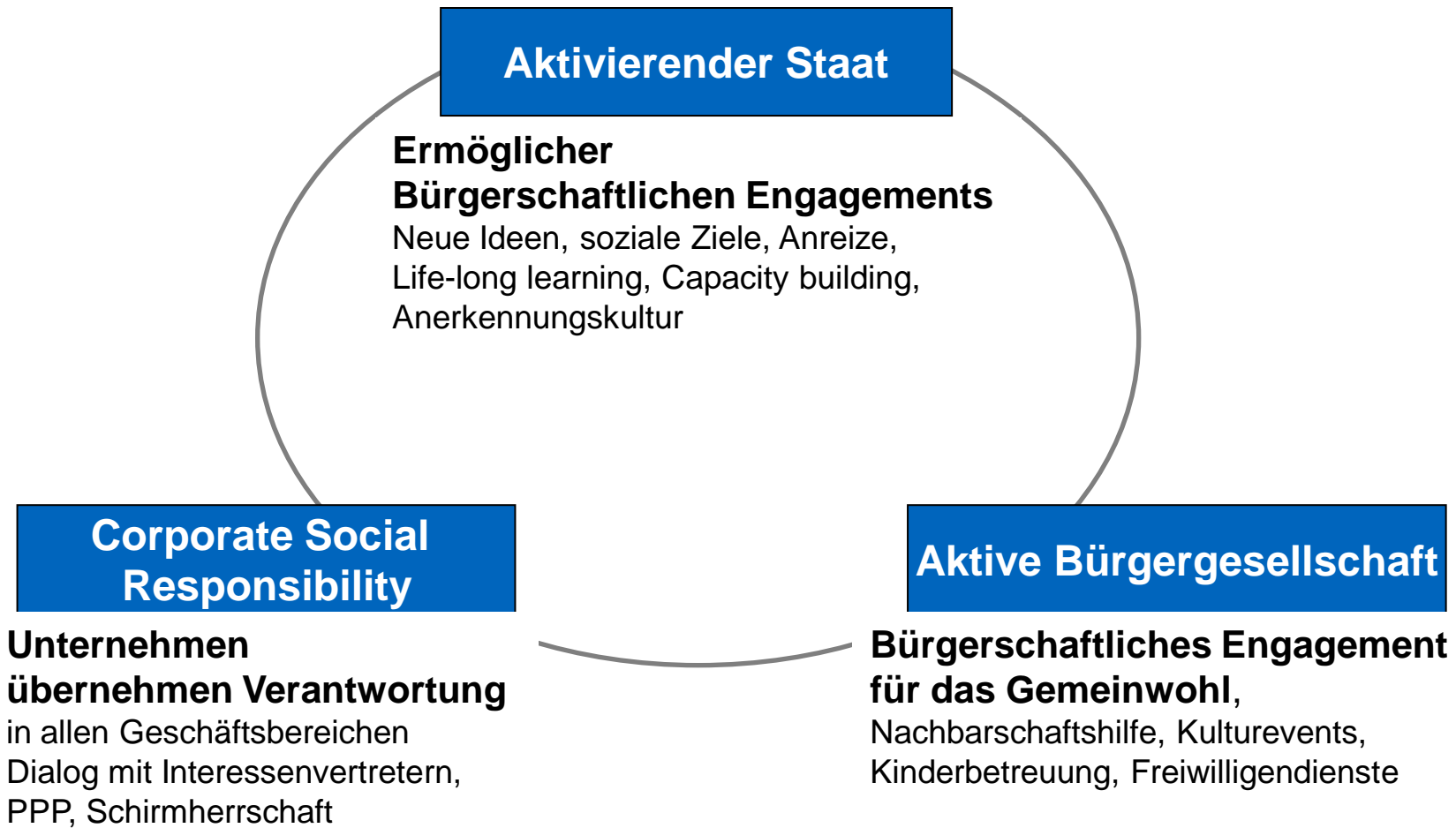
„Aktive Bürgergesellschaft ist ein ordnungspolitischer Rahmen für eine neu ausbalancierte Verantwortungsgemeinschaft von Bürger und Staat.“

Es geht also um **mehr als um Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement**, wengleich dies ein zentrales Element der Aktiven Bürgergesellschaft ist.“

Glück (2006): Solidarische Leistungsgesellschaft, S. 46



Verantwortungsgemeinschaft



Quelle: verändert nach Jann, Wegrich 2004

Nachhaltige Bürgerkommune im Zeichen der Aktiven Bürgergesellschaft

Leitbild
„Papa Staat“

Leitbild
„Unternehmer Staat“

Leitbild
„Aktivierender Staat“

Vom
Der Bürger als Untertan

Obrigkeit
Kommune



Untertan
Bürger

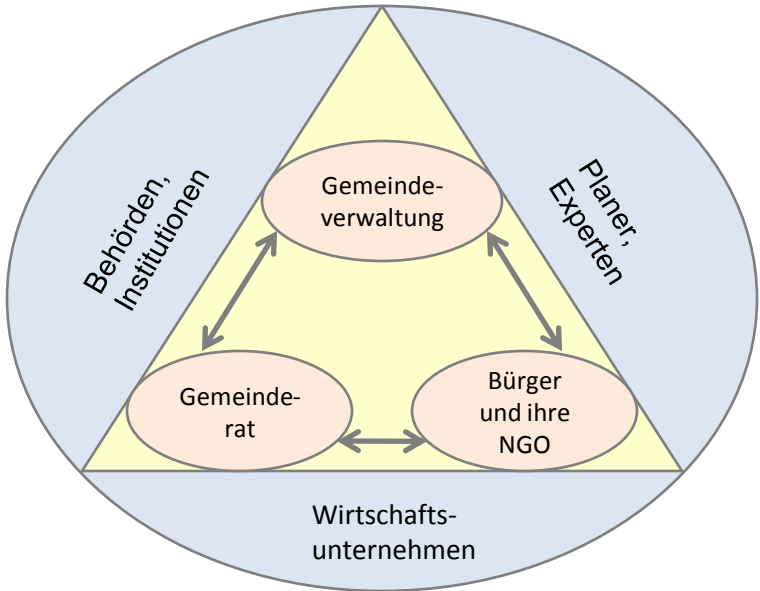
Über
Der Bürger als Kunde

Dienstleister
Kommune



Kunde
Bürger

Zum
Der Bürger als Partner





Bertelsmann Stiftung 2011

Thesen zur Arbeitsgruppe 2:

Bürgerbeteiligung auf den verschiedenen Ebenen

Dr. Alexander *Schink*

1. Bürgerbeteiligung sollte sich unter den heutigen Rahmenbedingungen nicht darin erschöpfen, zu "fertigen" Projekten angehört zu werden und hierzu Änderungswünsche vorzutragen. Erforderlich ist auch die Möglichkeit zur Mitgestaltung

2. Eine mitgestaltende Bürgerbeteiligung erfolgt idealerweise vor Beginn des Zulassungsverfahrens, denn zu diesem Zeitpunkt liegen die Einzelheiten des Projekts noch nicht verbindlich fest. Auf das "Ob" und "Wie" der Projektdurchführung und Realisierung kann noch Einfluss genommen werden



Spielräume sind da, sie werden nur nicht genutzt!

Schon heute sind die Spielräume für Bürgerbeteiligung vielfältig. In der Praxis werden sie jedoch nicht ausreichend umgesetzt. Von den Fachleuten werden moderne Präsentations- und Verteilungsformen erwartet: Bekanntmachungen über das Internet und verständlich aufbereitete Unterlagen, die leicht aufzufinden sind, gehören zu den Standards der Bürgerkommunikation.

Für konfliktträchtige Vorhaben empfiehlt die Kommission den frühzeitigen Einsatz von Mediatoren.

Als besonders vielversprechend sehen die Experten den häufigen Einsatz **informeller Verfahren** der Bürgerbeteiligung an: Bürgerforen, runde Tische, Planungszellen und Zukunftswerkstätten. ...

- ▣ Die Stiftung
- ▣ Reinhard Mohn
- ▾ Politik
 - Demographischer Wandel
 - Modernes Regieren
 - Föderalismus
 - Moderne Regulierung
 - **Bürgerbeteiligung**
 - Kommunen und Regionen
 - Zukunft der Integration
 - Europa
 - Internationale Politik
 - Soziale Marktwirtschaft
- ▣ Gesellschaft
- ▣ Wirtschaft
- ▣ Bildung
- ▣ Gesundheit
- ▣ Kultur
- ▣ Presse
- ▣ Publikationen
- ▣ Service

▣ Projekte & Programme

☰ Politik ▾

auswählen ▶

- ▣ Projektüberblick
- ▣ **Veranstaltungen**
- ▣ Publikationen

- ▣ **Mitwirkung mit Wirkung**
- ▣ **Bürgerbeteiligung und Planungsverfahren**



"Bürgerbeteiligung und Planungsverfahren. Rechtliche Bedingungen neu gestalten?" Tagung am Mittwoch, 29. Juni 2011



Die wirksame Einbeziehung von Bürgern wird immer mehr zum Schlüssel für die Realisierbarkeit von Infrastrukturmaßnahmen. In der bislang praktizierten Form ist die Öffentlichkeitsbeteiligung in den Planungsverfahren von dem Ziel des Interessensausgleichs oder gar Akzeptanz weit entfernt. Nach den Erfahrungen mit Stuttgart 21 sind sich alle einig: Das deutsche Planungsrecht muss im Hinblick auf die Einbindung der Bürger reformiert werden.

Doch: Wie können Bürger und Interessengruppen frühzeitig an Planungsverfahren beteiligt werden? Wann ist der passende Zeitpunkt für den Dialog im Planungsverlauf? Wie sollten Beteiligungsverfahren gestaltet werden, damit Wissenstransfer und Interessensausgleich stattfinden kann? Wie können langfristig tragfähige Lösungen entwickelt werden - auch wenn nicht alle Interessen berücksichtigt werden? Wie kann bei zunehmender Komplexität und langwieriger Prozesse eine höhere Transparenz hergestellt werden? Was benötigen die Behörden, um die Bürger kompetent einzubeziehen?

Diese Fragen möchten wir während der Tagung "Bürgerbeteiligung und Planungsverfahren. Rechtliche Bedingungen neu gestalten?" mit erfahrenen Praktikern und Experten für Planungsverfahren, Infrastrukturprojekte und Bürgerbeteiligung aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft, Recht, Wirtschaft und Zivilgesellschaft diskutieren.

In Arbeitskreisen werden konkrete Lösungsansätze und Handlungsempfehlungen zur

Quelle: www.bertelsmann-stiftung.de

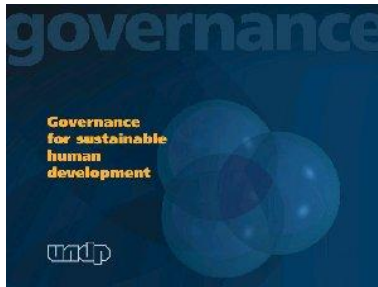


Gesetze müssen moderner werden!

An zwei Punkten sieht die Kommission Anlass für **Veränderungen im Verfahrensrecht**.

Zum einen sollten Rechtsvorschriften verändert werden, damit eine frühzeitige Beteiligung der Bürger erleichtert wird - das wäre vor Beginn des Zulassungsverfahrens.

Zum anderen gesetzliche Regelungen, um anfallende Kosten, die durch behördlich veranlasste informelle Maßnahmen der Bürgerbeteiligung entstehen, wie beispielsweise die Einrichtung eines Runden Tisches, zu finanzieren und diese dem Vorhabenträger in Rechnung stellen zu können. Um die Akzeptanz von Infrastrukturprojekten zu fördern, schlagen die Experten finanzielle Anreize wie Ausgleichszahlungen für die betroffenen Kommunen vor.



Governance for sustainable human development A UNDP policy document

Good governance - and sustainable human development

<http://magnet.undp.org/policy/chapter1.htm>

Prinzipien von Good Governance

1. Partizipation
2. Handeln nach Rechtsgrundsätzen
3. Transparenz
4. Aufgeschlossenheit
5. Konsenssuche
6. Gerechtigkeit
7. Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit
8. Verantwortlichkeit und Glaubwürdigkeit
9. Strategische Vision



- 1. Organisation des Beteiligungsprozesses**
- 2. Monitoring und Evaluierung**
- 3. Motivation und Anerkennung**
- 4. Finanzierung**

(aus einem laufenden Forschungsprojekt des TUM LS Bodenordnung und Landentwicklung im Auftrag des Bayer. Staatsministeriums für ELF)

26.10.2010, München
Landesplanung und Landesentwicklung
auf dem Prüfstand!

Dialogveranstaltung der ALR, ARL und
DASL sowie weiterer Partner.

Dialog zwischen Politik, Wissenschaft und
Praxis zur Neufassung des Bayerischen
Landesplanungsgesetzes sowie zur
Fortschreibung des LEP Bayern.

